

Riesaer Tageblatt

Dreimal täglich
Tageblatt Riesa.
Sammel Nr. 22,
Vorjahr Nr. 12.

Polizeiamt
Dresden 1880.
Glockenstrasse
Riesa Nr. 52.

und Anzeiger (Alteblatt und Anzeiger).

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreishauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Kriminalamts beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestimzte Blatt.

Nr. 28.

Mittwoch, 3. Februar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugshöhe, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,24 einschl. Postgebühr (ohne Aufstellunggebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzerrungen, Verhöhnungen oder Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisabschaltung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gemüde für das Auftreten an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (5 Silben) 25 Gold-Pfennige; bis 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; gezeichnete und gefärbte Zeichnungen 50%; Aufschlag. Jedes Zeichen, wenn der Beitrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontur gerät. Zahlungs- und Fälligkeitsort: Riesa. Schriftliche Unterhaltungsbeiträge „Geblätter an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Versicherung — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Gesetzliche: Sozialstrafe 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Eröffnung der Abrüstungskonferenz.

Graf. Die allgemeine Abrüstungskonferenz ist gestern nachmittag 4.30 Uhr mit der durch die französischen einberufenen Eröffnung vertraulichen einflussreichen Besprechungen im riesigen Vollversammlungsgebäude von ihrem Präsidenten Arthur Henderson eröffnet worden. Schon gegen 4 Uhr begann unter starkem Interesse der Generalversammlung und der zahlreichen hier eingetroffenen Delegierten die Auffahrt der Delegierten. Die Plätze der Delegationen und die gekürmten Tribünen für Presse und Publikum, die während der Völkerbundversammlung, die in demselben Gebäude tagt, meistens nur spärlich besetzt sind, füllten sich rasch.

Die Eröffnungsrede Hendersons.

Genau um 4.30 Uhr stammten die Lampen an der Stirnseite des Konferenzsaales auf und beluden hell den Präsidentenstuhl auf dem Henderson zwischen dem Generalsekretär des Völkerbundes und dem französischen Verteilungssitz genommen hat. Vor ihm sitzen die leitenden Beamten des Sekretariats, sowie weitere Dolmetscher und Protokollschreiber. Die drei üblichen Hammerstöße erklören und Henderson, der sogleich spricht, beginnt seine Eröffnungsrede.

Er legt in langer Ausführung dar, daß hier 1700 Millionen Menschen, die Staaten ins und außerhalb des Völkerbundes, durch 80 Regierungen vertreten seien, daß es sich um die größte internationale Zusammenkunft seit dem Weltkrieg handele, und daß es noch nie eine Konferenz mit wichtigeren Zielen gegeben habe. Wenn keine Illusion über ihre Schwierigkeiten aufkommen dürfte, so dürfe man sich doch auch nicht entmutigen lassen und müsse sie überwinden. Da seine erste Tagesordnung vorliege, sei die Karte Erkenntnis der Aufgabe am wichtigsten. Sie giebt auf eine kollektive Einigung, auf eine wirtschaftliche und wertvolle Verminderung der Rüstungen und auf die Festigung von Konferenzen mit gleicher Zielsetzung ab. Der Bestand der Rüstungen sei der Grund wechselseitiger Furcht und vorbereitender Wissensweitergabe. Es sei eine reine Meinung, daß die Sicherheit der Völker auf ihrer Rüstung beruhe; sie bilde keinen Schutz gegen den Krieg, sondern sei ein höheres Mittel zur Aufrechterhaltung der Sicherheit.

Indem er auf die Kosten und Folgen des Weltkrieges und auf die erschreckenden Perspektiven eines künftigen Krieges verweist, fordert Henderson nochmals klare, zielbewusste und konstruktive Arbeit und billigt dem Völkerbund die Erfüllung dieser seinem Sinne nach grundlegenden Aufgabe zu.

Henderson gibt im Anschluß hier einen längeren technisch gehaltenen Überblick über die gesamten bisherigen Vorarbeiten innerhalb und außerhalb des Völkerbundes auf dem Wege zur Abrüstung, wobei er nur gelegentlich ein Wort der Kritik einfließen läßt. So spricht er bei dem Verhältnis zwischen Sicherheit und Abrüstung von einem „circulus vitiosus“, in dem man von Anfang an geraten sei. Während er nur kurz von den verschiedenen Flottenkonferenzen spricht und sich jede Würdigung ihrer Ergebnisse versagt, verweilt er eingehend bei dem Konventionsentwurf der vorbereitenden Abrüstungskommission. „Der Konventionsentwurf“, so erklärt er wörtlich, ist dazu bestimmt, einen Rahmen abzugeben, durch den die Begrenzung und Herauslösung der Rüstungen erreicht werden kann. Er schreibt Methoden vor, aber er enthält keine Zahlen, und es wird Aufgabe der gegenwärtigen Konferenz sein, seine praktische Bedeutung zu bestimmen.

Die Abrüstungskonferenz müsse jetzt die endgültigen Zahlen für die Herauslösung und Schaffung der Rüstungen bestimmen. Der Abkommenentwurf sei vielfach auf starken Widerstand gestoßen. Selbst über die Methoden der Abrüstung bestanden verschiedene Auffassungen. Die Abrüstungskonferenz sei selbstverständlich frei, aus jedem anderen Bereich oder jeden neuen Entwurf eines Abkommen zu erzielen, der ihr vorgelegt würde.

Zum Schluß erklärte Henderson, daß das Problem der Abrüstung von lebenswichtiger Bedeutung für die gegen-

mäßige schwere Wirtschafts- und Finanzkrise sei, mit der die meisten Nationen heute zu kämpfen hätten. Die finanziellen Rüstungen seien eine der hauptsächlichsten Ursachen der heutigen schweren Lage und der zerstörenden Staatsbankrotte in verschiedenen Ländern. Die öffentliche Meinung verlangt, daß jetzt eine wesentliche Herabsetzung der auf allen Völkern lastenden Rüstungsaufgaben erreicht wird.

Es kann für jedes Volk nur Freiheit bestehen, wenn es kein Leben ohne Furcht vor Unrechtschaffenheit, vor Angriffen, vor Unterdrückung oder vor Krieg leben kann. Es kann nur Gleichberechtigung für jedes Volk in der freien Gesellschaft sein, die wir zu bauen begonnen haben. Es kann nur Brüderlichkeit unter den Völkern bestehen, wenn sie künftig nicht mehr mögliche Feinde. Sonderbar treue Freunde sind. Ihre Anwesenheit hier ist Ihre Antwort. Ihre Anwesenheit ist das Versprechen, daß wir unser Ziel erreichen werden. Gehen wir an unsere Aufgabe in dem sichereren Bewußtsein heran, daß es in unserer Macht steht, durch die Arbeit, die wir hier leisten, die Entscheidungen, die wir hier treffen, das Maß von Übereinkünften, das wir hier erzielen, die Völker zu diesen vertheilten Höhen führen.

Rühre Aufnahme der Henderson-Rede in Genf.

Graf. Der Beifall nach Hendersons Eröffnungsrede, deren Verleugnung in englischer Sprache eine volle Stunde in Anspruch nahm, war schwach. Allgemein fiel das mälistische Aussehen Hendersons auf, der seine Rede standhaft vernehmbarer Ton ohne jede persönliche Heilsangst vortrug. Der Inhalt der Rede wird vielfach als politisch wenig bedeutend, langatmig und kaum interessant beurteilt. Ein praktisches Abrüstungsprogramm war in Hendersons Rede nicht enthalten. Der deutliche Standpunkt wurde jedoch in den Punkten berücksichtigt, wo Henderson die Lösung der Abrüstungsfrage als Voraussetzung für die Sicherheit, und die deutlichen Rücksichten als eine Art Lieden der großen Krise der Gegenwart hinsah. Ferner ist vom deutschen Standpunkt aus der Soh zu begrüßen, in dem gleichen Soh in der Abrüstungsfrage für alle Völker gefordert wird. Dabei muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß den zweifellos ehrlichen Absichten Hendersons keine entscheidende Bedeutung für den Verlauf der Konferenz beigegeben werden kann, da Henderson heute nicht einmal der englischen Abordnung angehört.

Nach der Rede wurde die Sitzung einige Minuten unterbrochen.

Drei Ausschüsse eingesetzt.

Graf. Nach der Pause in der Eröffnungsrede wurde der Vorschlag Hendersons, den Schweizer Bundespräsidenten Moita zum Ehrenpräsidenten zu ernennen, einstimmig angenommen.

Nach Danesworten Moitas für die seinem Lande und ihm hierdurch erwiesene Ehre wurden drei Ausschüsse eingesetzt, und zwar ein fünfgliedriger Ausschuß aus Vertretern der kleinen Staate zur Prüfung der Vollmachten, ein 16gliedriger Ausschuß unter Vorst. Hendersons, dem die europäischen Großmächte, die Vereinigten Staaten, die Türkei, Sowjetrußland und Japan angehören, die Arbeitsordnung der Geschäftsförderung und ein fünfgliedriger Ausschuß zur Aufstellung von Regeln für die Enthegnerung von Vorständen internationaler privater Organisationen.

Alle drei Ausschüsse nahmen heute Mittwoch vormittag ihre Arbeiten auf. Die nächste Vollsitzung der Konferenz ist für Sonnabend vormittag festgesetzt. Dann sollen die der Konferenz nicht angehörenden Vertreter der großen internationalen Verbände für Frieden zu Wort kommen. Die Konferenz selbst wird somit voraussichtlich erst Anfang nächster Woche ihre Arbeiten beginnen.

Statt einer „Aufforderung“ eingegangen, „China von einer Entsendung weiterer Verstärkungen nach Shanghai abzuhalten“; diese Aufforderung wurde dazu benutzt, um einen an beide Parteien gerichteten Waffenstillstandsvorschlag zu formulieren. Im Weißen Haus wurde betont, daß Amerika lediglich bestrebt sei, Leben und Eigentum der chinesischen Staatsangehörigen zu schützen und daß von einem Ultimatum keine Rede sein könne. Amerika habe mit England, Frankreich und Italien in Genf nichts vereinbart.

In parlamentarischen Kreisen besteht die Hoffnung, daß Hooper den Zweck verfolge, die wachsende Empörung gegen Japan einzudämmen.

Gandhis Sohn verhaftet

Delhi, 3. Februar. — Der Sohn Gandhis, Devdas, ist verhaftet worden.

London, 3. Februar.

Aufruf des Oberbürgermeisters Dr. Rüdiger zu Wiederwahl Hindenburgs.

* Dresden. Oberbürgermeister Dr. Rüdiger hat folgenden Aufruf erlassen:

Auch das südliche Volk will Hindenburg!

Von Berlin kommt der Ruf „Das Volk will Hindenburg!“ Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm erklärt den Aufruhr an das deutsche Volk: „Hindenburg ist die Wiederwahl des Parteidienstes, das Sinnbild der Volksgemeinschaft, die Führung in die Freiheit!“

Dann dem Oberbürgermeister von Berlin für die Tat! Seiner darf befehlte sein, sich an Hindenburg und den nationalen Einheit zu befreien.

Unter all den Namen des Hindenburg-Auslandschusses befindet sich seine einzige führende Persönlichkeit aus Sachsen.

Aber gerade in Sachsen markiert der Gedanke der Reichseinheit und der Reichsbrüderlichkeit hell und tief.

Über Partei, über soziale Gesellschaft und Kirche hinaus ist und auch in Sachsen der Name Hindenburg das Monument deutscher Willkürfüllung geworden. In der politischen Erscheinung findet in er allein der zuhause Vol.

Wer überhaupt noch national fühlt und denkt kann, befiehlt sich an ihm als dem Sinnbild und Repräsentanten der deutschen nationalen Einheit.

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden. ges. Dr. Rüdiger.

Wahlende Hindenburg - Front

München, 3. Februar.

In einer Erklärung des bayerischen Ausschusses für die Wiederwahl Hindenburgs wird der Aufruf des Oberbürgermeisters Dr. Sahm und die dadurch über ganz Deutschland erweiterte Hindenburg-Front auf das wärmste begrüßt. Die Erklärung drückt die Hoffnung aus, daß es den gemeinsamen Bestrebungen von Nord und Süd gelingen werde, dem deutschen Volk Hindenburg als Reichspräsident zu erhalten.

Die „Bayerische Staatszeitung“ nennt den Berliner Aufruf für Hindenburg ein glückliches Gegenstück zu der Kundgebung, die man in München an die Öffentlichkeit gebracht hat. Man könne nur hoffen, daß sich der gesunde Sinn der Mehrzahl der deutschen Bevölkerung als stärker erweise, als die dunklen Bestrebungen der Gegenseiter, die sich anscheinend ihrer Verantwortung nicht recht bewußt sind.

Köln, 3. Februar.

Der Landesausschuss Westdeutschland der christlichen Gewerkschaften hat an Oberbürgermeister Dr. Sahm folgendes Telegramm gerichtet: „Ein Bravo Ihrer Tat! Die christliche Arbeiterschaft Westdeutschlands stimmt freudig für Hindenburg.“

Drosselung der deutschen Ausfuhr

Jollysäge für die Einfuhr deutsches Maises nach Frankreich

Paris, 3. Februar.

Die französische Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den sie für die Einfuhr von Mais deutscher Herkunft einen Zollzuschlag von 80 Francs pro Zentner einführen will, und zwar mit der Bedingung, daß man die Exportförderung in Höhe von 10 Francs pro Zentner ausgleichen müsse, die Deutschland für die Ausfuhr von deutschem Mais nach dem Ausland gewährt.

Der neue japanische Angriß

London, 3. Februar.

Über den neuen japanischen Angriß auf Shanghai wird berichtet, daß mit schweren japanischen Marinegeschützen das Feuer auf die chinesischen Stellungen nordöstlich des Bahnhofs von Schanghai eröffnet wurde. Die Chinesen hätten nur mit einem Minenwerfer das Feuer erwidern können, so daß es einzigen hundert japanischen Marinestaffeln ein leichtes war, zum Angriß überzugehen.

Die japanischen Streitkräfte in Shanghai sind nahezu 5000 Mann stark.

Washington, 3. Februar.

Der japanische Botschafter Debuchi erklärte dem Unterstaatssekretär Castle gegenüber, daß Japan augenblicklich nicht beabsichtige, Landstruppen nach Shanghai zu entsenden.

Rein Ultimatum an Japan

Washington, 3. Februar.

Die Generäle Melvyns, daß Amerika und England gemeinsam die sofortige Einstellung des Feindseligkeiten in China „gesfordert“ hätten, werden hier abwegig bezeichnet. Der amerikanische Botschafter in Tokio und der britische Generalkonsul in Nanjing seien angewiesen worden, beiden Regierungen Vorschläge zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten zu unterbreiten. Die britische Regierung habe gleichzeitig daselbe getan. Von einem gemeinsamen Ultimatum könne daher nicht gesprochen werden.

Im Weißen Hause und im Staatsdepartement gibt man der Hoffnung Ausdruck, daß durch die unterbreiteten Friedensvorschläge an Japan und China möglichst bald eine wesentliche Entspannung der Lage in Shanghai herbeigeführt werde. Am 31. Januar ist hier vom japanischen Außenmin-